Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 204. Sonnabend den 23. Juli 1881. 75. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 24. Juli,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der diesjährige internationale Productenmarkt in Leipzig wird

Montag den 1. August d. J.

in dem **Bonorand'schen Etablissement** im Rosenthale, nicht wie in unserer Bekanntmachung vom 11. lfdn. Monats angegeben, in den Räumen des alten Schützenhauses, abgehalten.

Leipzig, den 25. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cuhorius.

Bei dem unterzeichneten Polizeiamte ist die mit einem Jahresgehalte von 3000 Mark dotirte **erste Assessorstelle** zu besetzen. Bewerber haben die in §. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes gedachte Fähigkeit zum Richteramte nachzuweisen und ihre Gesuch bis **spätestens den 1. October ds. Js.** bei uns einzureichen.

Leipzig, den 21. Juli 1881.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
J. V.
Junck, Pol.-Rath.

Concurrenz-Eröffnung.

Die Herstellung einer Hauptschleuse im Schlosse Pleißenburg allhier soll auf dem Wege der öffentlichen Concurrenz an den Mindestfordernden, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bewerbern, vergeben werden.

Blankets hierzu können von heute an in dem unterzeichneten Landbauamte (Pleißenburg) gegen Erstattung der Selbstkosten in Empfang genommen werden, und liegen dort auch die näheren Bedingungen zur Einsicht aus.

Die ausgefüllten und unterschriebenen Blankets sind versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen bis Längstens

Mittwoch den 27. ds. Mts. Mittags 12 Uhr

in dem Landbauamte abzugeben und können später eingehende Offerten nicht berücksichtigt werden.

Leipzig, am 23. Juli 1881.

Kgl. Landbauamt und kgl. Bauverwalterei.
Rand. Schurig.

Leipzig, 23. Juli.

Unter der Ueberschrift: „Ein Wort an die ehemaligen Freiconservativen" bringt die „Köln. Ztg." einen beachtenswerthen Artikel, dem wir Folgendes entnehmen:

Die freiconservative Partei, deren Entstehen auf gemäßigt liberaler Seite freudige Hoffnungen erweckte, deren eifrige Mitarbeit im Bunde mit den Nationalliberalen an der Gründung der Bundesverfassung und dem Ausbau derselben, sowie an der preußischen Reformgesetzgebung aus dem Buche der deutschen Geschichte nicht ausgelöscht werden wird — diese Partei ist, mag der Name noch kürzere oder längere Zeit bestehen bleiben, todt. Ich glaube schwerlich, daß Graf Bethusy-Huc, der Vater der Partei, der sich von der politischen Bühne zurückgezogen hat, Freude an dem Treiben seiner Nachfolger empfindet. Vor fünf Jahren schon glaubte man Anzeichen zu bemerken für ein festes Zusammenschließen der Nationalliberalen und Freiconservativen nach Abstoßung der äußersten Flügel nach links und rechts. Auch später noch schien es wiederholt, als rückten wir diesem Ziele näher. Einen bedeutenden Schritt nach dieser Richtung hin schienen wir endlich mit der Secession gemacht zu haben. Jetzt ist das vorbei; es giebt kein Paciren mehr mit Leuten, die den vor noch gar nicht langer Zeit aus ihren Reihen erschallenden Schlachtruf „Wider Junker und Pfaffen" so gründlich abgeschworen haben, daß sie auf hohen Befehl sich dazu hergeben, mit den Junkern und Pfaffen ein Bündniß zu schließen und unter der verschämten Firma „antifortschrittlich" auch die gemäßigsten Liberalen zu bekämpfen, an den Einreißen von Allem mithelfen zu wollen, woran im Bunde mit den Liberalen gearbeitet zu haben sich die Partei früher zur höchsten Ehre rechnete.

Dem gegenüber giebt es nur Eins. Wir freisinnigen Männer, die wir wenigstens theilweise mit der freiconservativen Partei mehr sympathisirt haben als mit der nationalliberalen, mindestens so lange die jetzigen Secessionisten in derselben einen mit ihrer Zahl in keinem Verhältniß stehenden Einfluß übten, müssen nunmehr mit den Liberalen aller Schattirungen fest zusammenhalten. Es wird mir nicht leicht, es auszusprechen, aber es geht nicht anders: wir müssen auch selbst die Fortschrittspartei bei den Wahlen unterstützen überall da — wohlgemerkt, aber auch nur da — wo keiner von den Genäßigten sichere Aussicht hat durchzukommen, geschweige denn da, wo die mindeste Gefahr vorhanden ist, daß eine Zersplitterung der freisinnigen Stimmen einem der unter der „antifortschrittlichen" Flagge vereinigten Reactionaire zum Siege verhelfen würde. Es ändert nichts an der Sache, daß wir bei der Fortschrittspartei auf Gegendienste nicht zu rechnen haben. Wir wählen im gegebenen Falle den Fortschritter nicht aus Liebe zur Fortschrittspartei, sondern weil wir glauben, eine reactionaire Parlaments-Majorität bringt unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen das Vaterland in Gefahr. Die Besorgniß, daß die Wahlen eine reactionaire Mehrheit ergeben könnten, liegt nahe, während eine vom Fortschritt beherrschte Mehrheit nicht entfernt in Aussicht steht.

Schließlich bemerkt der Verfasser, daß es ihm, einem alten Anhänger des Reichskanzlers, wehe thue, zu dieser Stellungnahme gedrängt zu werden. „Allein, wir lassen uns das theure Recht nicht rauben, selbstständig darüber zu denken, was dem Vaterlande heilsam ist und dem Resultat dieses Denkens durch den freien Gebrauch unseres Wahlrechts legitimen Ausdruck zu geben." Unfehlbar sei Bismarck nicht; er vergreife sich zuweilen in den Mitteln.

Die „Nationalliberale Correspondenz" bemerkt dazu: „Zu einem Artikel der „Kölnischen Zeitung", in welchem ein „Freiconservativer" erklärt, daß nach dem Abschwenken der freiconservativen Partei zu den Reactionairen nichts weiter übrig bleibe, als, wo es zur Sicherheit gegen eine reactionaire Wahl nothwendig sei, für Fortschrittscandidaten zu stimmen, bemerkt die secessionistische „Tribüne": „Was wird die „Nationalliberale Correspondenz" dazu sagen, die keine andere Aufgabe zu kennen scheint, als die, täglich zum Haß und zur Mißstimmung unter den liberalen Fractionen zu reizen?" Zu dieser Bemerkung der „Tribüne" haben wir zunächst nur zu sagen: es ist unwahr, daß wir uns bemühen, zum Haß und zur Mißstimmung unter den liberalen Fractionen zu reizen. Wir befinden uns lediglich in der Vertheidigung, zumal wenn wir die freundlich scheinende Zumuthung ablehnen, zur Bildung der „großen liberalen Partei" die Hand zu reichen. Der „Tribüne" und ihren Freunden werden wir das wohl nicht erst näher zu erläutern brauchen; sie wissen jedenfalls so gut wie wir, wo bei diesem ganzen angeblichen Versöhnungsversuche der Hase im Pfeffer liegt. Auch dem „Freiconservativen" der „Kölnischen Zeitung" ist es nicht in den Sinn gekommen, dafür einzutreten. Diese ganze Phrase von der einigen liberalen Partei hat nur die Wirkung, den Punct, auf welchen es ankommt, nämlich eine Verständigung zur Hintanhaltung eines reactionairen Ausfalls der Wahlen, zu verdunkeln. Denn hier ist die Fortschrittspartei leider nicht zu sprechen. Uns ist lange klar, daß es der Fortschrittspartei nicht um eine liberale Mehrheit, sondern um möglichst viele fortschrittliche Stimmen zu thun ist, wenn es anders ist, dann fange die Fortschrittspartei endlich einmal an, es zu beweisen. Vor der Hand kann uns der offene Aufruf zur Bundesgenossenschaft, welchen die „Volkszeitung" an das Centrum richtet, und welchen die „Germania" beifällig aufnimmt, in unserem Urtheil nur bestärken. Wenn es ein Vorurtheil ist, um so besser! aber erst müssen wir es sehen."

In fortschrittlichen Blättern begegnen wir einer Auslassung, welche mit sichtlicher Freude den gegenwärtigen Rückgang des zur Förderung des Arbeiterwohles vor einigen Jahren ins Leben gerufenen Vereins „Concordia" constatirt und dieser wohlgemeinten Institution ein baldiges „seliges Einschlafen" wünscht. Uns scheint die große menschenfreundliche Aufgabe, für welche unser Zeitalter alle seine Kräfte zu sammeln hat — die Lösung der „socialen Frage" — denn doch zu ernst und zu wichtig, als daß ein Unternehmen, welches daran zu seinem Theile und in seiner Weise wacker mitzuwirken bestimmt ist, mit so wohlfeiler hämischer Schadenfreude abgethan werden dürfte. Noch sind wir erst im Begriff, die ersten vorsichtigen Schritte auf dem Boden der socialen Reformen zu thun, und in diesem Stadium ist guter Wille und thatkräftige Initiative das Meiste werth. Denn ohne die würde die Entwickelung der Dinge noch lange dem Gesetze der Trägheit überlassen bleiben, indeß das Uebel und mit ihm die daraus für die Gesellschaft erwachsenden Gefahren sich steigerten.

Die Ansichten über den richtigen Weg zur Abhülfe werden immer auseinandergehen; wenn man warten will, bis Alle darüber miteinander einig sind, dann kommt man nie zum Anfang und schließlich läßt sich die „sociale Frage" gewaltsam und spart uns alles weitere Nachdenken. Daß ein muthiger Anfang gemacht und die Sache in Fluß gebracht ist, das ist ein Verdienst des Reichskanzlers, welches dadurch nicht vermindert wird, daß die eingeschlagene Richtung Manchem wider den Strich geht. Der Verein „Concordia" bewegt sich mit seinen Bestrebungen in der gleichen Richtung und gerade darum möchten wir seine Erhaltung angelegentlichst wünschen. In den Händen des Reichskanzlers wachsen sich die heilsamen Projecte unter der Einwirkung aller möglichen politischen Rücksichten alsbald zu Dimensionen aus, welche die Erreichung auch des Bescheideneren in Frage stellen. Kaum ist das Unfallversicherungsgesetz an seiner Unreife und an der Ueberfülle schwieriger Probleme vorläufig gescheitert, da hat der Kanzler schon für die nächste Session als Lockmittel für die Wähler die Alters- und Invalidenversorgung in petto. Und doch ist bei dem Versuche socialer Reformen nichts gefährlicher, als Ueberstürzung. In dieser Hinsicht kann die Gefahr erheblich gemindert werden durch eine zielbewußte private Vereinsthätigkeit, welche der Gesetzgebung parallel läuft, welche beständige Fühlung mit derselben hat, gleichsam als vermittelndes Glied zwischen dem Gesetzgeber und der industriellen Bevölkerung Erfahrungen und Ermittelungen als Grundlage für jedes fernere Vorgehen zu bieten vermag und umgekehrt der Gesetzgebung bei Arbeitgebern und Arbeitern empfänglichen Boden schafft; die vor allen Dingen da, wo der Gesetzgebung einmal unvorhergesehene Schwierigkeiten in den Weg kommen, mit ihrer stillen Wirksamkeit im Sinn und Geiste des ganzen Systems einzutreten im Stande ist. Es ist ja nur natürlich, daß, so lange der Meinungsstreit über die entscheidenden Principienfragen noch nicht geschlichtet ist, für ein freies gemeinsames Wirken zur sogenannten „positiven Bekämpfung der Socialdemokratie" die Bedingungen nicht günstig sind.

Wir zweifeln aber nicht, daß die Ziele des in Rede stehenden Vereins wohl geeignet sind, künftig Viele von Denjenigen wieder zusammen zu führen, deren Wege sich gegenwärtig trennen. Daß der Verein in der kurzen Zeit seines Bestehens mannigfach Gelegenheit hatte, zur Förderung des Wohles der Arbeiter eine erfolgreiche Thätigkeit zu entfalten, geht aus dem in der Vereinsversammlung vom 19. v. Mts. erstatteten Jahresbericht hervor, welcher übrigens trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse eine Zunahme der Mitgliederzahl von 1268 auf 1725 verzeichnen konnte.

Es dürfte Niemanden überraschen, wenn der französische Kriegsminister General Farre demnächst für reif zum Abdanken erklärt würde, denn es stellt sich nunmehr immer deutlicher heraus, daß derselbe nicht im Stande ist, die kolossalen Mittel, die ihm Frankreich zur Organisation seines Kriegswesens in die Hand gegeben hat, in der Weise anzuwenden, wie man von ihm erwarten mußte. Nachdem die Franzosen einmal mit Lebeuf und Genossen so traurige Erfahrungen gemacht, werden sie um so weniger gesonnen sein, das militairische Regiment noch lange in der Hand eines Mannes zu lassen, der schon so manche Probe von Tüchtigkeit abzulegen Gelegenheit hatte, von dem man aber noch keine hervorragende Leistung bemerkt hat, es müßte denn der gelungene Truppenaufmarsch bei der Revue am Nationalfest des 14. Juli als eine solche betrachtet werden. Es wird behauptet, wenn Frankreich heute wieder in einen großen Krieg verwickelt würde, so würde man dieselbe Unordnung vorfinden, wie im Jahre 1870. Es mag dabei viel Uebertreibung sein, allein es mußte in der That Jedermann auffallen, daß beim Beginn der tunesischen Expedition eine ziemlich großartige Unordnung in den französischen Anstalten zur Ueberfetzung der Truppen nach Afrika zu bemerken war. Auch drüben wollte es anfangs nicht recht vorwärts gehen. Die lebhaften Angriffe der regierungsfeindlichen Presse haben alle diese Dinge übertrieben, aber es war auch ein gutes Körnchen Wahrheit darinnen und der Kriegsminister hätte sich beeilen sollen, alle diese Vorwürfe durch die That zu widerlegen, wozu ihm durch die neueste algerische Affaire die schönste Gelegenheit gegeben war, aber es geschah gerade das Gegentheil, die Sache erschien und erscheint so, als ob in Algier bestätigt werden sollte, was in Tunis behauptet worden ist.

Der jetzt in Algier unter Bu-Amema ausgebrochene Aufstand ist von langer Hand vorbereitet worden; ja es ist Thatsache, daß man schon vor zwei Jahren Kenntniß davon besaß, daß sich unter den Eingeborenen eine große Verschwörung gebildet habe, die zur geeigneten Zeit die Fahne des Aufstandes aufpflanzen werde. Dessenungeachtet that man so gut wie gar Nichts dagegen und es mag ein nicht geringer Theil der Schuld auf die von Herrn Albert Grevy geleitete Civilregierung Algeriens fallen, die gleichfalls das Ihrige unterließ, den verschwörerischen Umtrieben bei Zeiten zu begegnen. Nachdem man einmal von der Verschwörung wußte, mußte man ja auch leicht denken können, daß der Feldzug gegen Tunis von den Eingeborenen Algiers als Anlaß zu einem Aufstande benutzt werden würde. Trotz alledem wurden keine außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln getroffen und man war völlig überrascht, als Bu-Amema die Waffen erhob. Herr Albert Grevy suchte der Welt zu verbergen, was in Algerien vorging, aber es kam doch an den Tag! Kein größeres Heer war in Stand gesetzt, um energisch einzugreifen, keine Macht war vorhanden, um den von den grausamen Arabern verfolgten Colonisten den nöthigen Schutz angedeihen zu lassen. Und heute lesen wir, daß der General Saussier erst für den October eine Hauptexpedition vorbereitet. Während dieser Zeit also wird der große Bu-Amema ungestört sengen und brennen, Colonisten mit Weib und Kind morden oder in die Sklaverei schleppen können, bis endlich sich größere Heerſäulen gegen ihn in Bewegung setzen. Man sprach von 120,000 Mann, die in Algier aufgestellt werden sollten, aber bis jetzt scheint davon noch keine Rede zu sein.

Durch diese Nachlässigkeiten ist zweierlei geschehen: zunächst sind viele Colonisten, namentlich Spanier, die auf den Alfapflanzungen arbeiteten, ermordet oder in die Gefangenschaft abgeführt und mit den Alfapflanzungen sind großartige Werthe zerstört worden. Es ist begreiflich, daß unter den spanischen Colonisten eine furchtbare Erbitterung gegen die französische Verwaltung herrscht, weil man überzeugt ist, daß bei einiger Umsicht und Thätigkeit das Unglück hätte abgewehrt oder wenigstens beschränkt werden können. — Sodann müssen alle die Projecte, Mittelafrika dem europäischen Verkehr zu erschließen, nunmehr auf lange Zeit vertagt werden. Es wäre in der That für den europäischen Handel, zumal in der gegenwärtigen Periode, von unberechenbarem Werthe gewesen, wenn die Schätze Mittelafrikas erschlossen worden wären. Nun ist an all die Ideen und Versuche, wie ein sicherer Verkehr durch die große Wüste Sahara herzustellen sei, vorläufig nicht mehr zu denken, denn zunächst muß Bu-Amema bezwungen werden, und dies ist keine so leichte Sache mehr, da der von ihm geleitete Aufstand an Umfang immer noch gewinnt und die Kabylen bekanntlich mit einer Zähigkeit und Hartnäckigkeit kämpfen, die auch einem ganz wacker bewaffneten europäischen Heere viel zu schaffen machen dürfte. Man glaubte endlich die Zeit erreicht zu haben, da es möglich wäre, die schöne Frucht der französischen Eroberungen in Afrika, nämlich die Erschließung des innerafrikanischen Verkehrs, zu pflücken. Nun kommt Bu-Amema und die Lässigkeit der französischen Verwaltung ermöglicht es ihm, alle civilisatorischen Pläne vorläufig zu durchkreuzen und Frankreich im Schach zu halten.

Man sieht, die Gespensterseher, welche stets auf die drohende militairische Uebermacht Frankreichs deuten, sind auf falscher Fährte, denn wenn noch nicht einmal Bu-Amema unschädlich gemacht werden konnte, so wird sich das Deutsche Reich bedeutend weniger zu fürchten haben. — Der Herr Kriegsminister General Farre dürfte übrigens nicht mehr lange auf seinem Posten sein. Aehnliche Vorfälle, wenn auch in kleinerem Maßstabe, haben seine Stellung längst tief erschüttert und er wird offenbar nur noch so lange bleiben, bis es Gambetta für „opportun" hält, ihn fallen zu lassen.

In maßgebenden Kreisen wird die seit Kurzem veränderte Wahlstrategie des Centrums sehr bemerkt. Indem der Abg. Windthorst es sich vorbehält, der Fortschrittspartei und den Secessionisten mehr Avancen zu machen als den Conservativen und wohlbemerkt nur denen von der Farbe Kleist-Retzow, will er auf den Fürsten Bismarck einen Druck in der Richtung ausüben, daß derselbe concessionslustiger gestimmt werde. Ob es ein geeignetes Mittel zu diesem Zwecke ist, daß der bekannte Cardinal Hergenröther sich unterhandlungsbestissen im Hintergrunde der Kissinger Coulissen zeigt, ist allerdings fraglich. Fürst Bismarck versteht denn doch noch die Kunst etwas besser, dem Gegner den heißerlangten Gegenstand verlockend zu zeigen und ihn dann wieder verschwinden zu lassen, wie die neuliche Reise des Herrn v. Goßler wieder einmal bewiesen. So unangenehm, wie behauptet wird, war es dem Kanzler deshalb wohl nicht, daß die evangelische Orthodoxie, „Kreuzzeitung" und „Reichsbote" voran, über die jüngste Encyclika des Papstes in hellen Zorn gerieth und die Siegeszuversicht des Centrums einigermaßen dämpfte. Freilich hatte diese lutherische Erregung, wie sie die Ultramontanen nennen, andererseits auch den Erfolg, für Herrn Windthorst Warnungen vor den Conservativen in den maßgebenden Kreisen des Centrums das bereitetste Verständniß zu schaffen und Herrn Cremer mit seiner Action gänzlich zu isoliren. Was nun diese Schwenkung des Centrums betrifft, so tritt sie nirgends so deutlich in die Erscheinung als in dem durch den bekannten geistlichen Rath Müller-Pleß geleiteten Märkischen Kirchenblatte. In der Nummer dieses Blattes vom 2. Juli heißt es noch unter Berlin: Mißverständnissen begegnet es, daß unsere Katholiken in Bezug auf die nächsten Reichstagswahlen mit den Conservativen Beziehungen zu einander hegen. Diese Mißverständnisse werden aber liberalerseits geschaffen und gepflegt, einmal um behaupten zu können, es ginge im Centrum ebenso zänkisch her wie bei ihnen, dann aber um mittelbar zu zeigen, daß die wiederholten Behauptungen von Spaltungen im Centrum wirklich eingetreten seien . . . aber auch Katholiken, heißt es dann weiter, gerathen in Mißverständnisse darüber, als ob Berliner Compromisse eine veränderte Wahltactik des Centrums signalisirten. Diesen sei mitgetheilt, was der Abg. Müller-Pleß vor Wochen schon im Berliner Centrumsverein erklärte. Er hob nämlich hervor, wie das Zusammengehen von Katholiken und Conservativen in Berlin ursprünglich nur im Zusammengehen von Handwerkern war, und zwar für einen besonderen Zweck ꝛc. ꝛc. —" Hieraus geht doch aber klar hervor, daß man damals noch durchaus nicht abgeneigt war, in Wahlcompromissen mit den Conservativen zu machen. Und nun höre man, wie es in demselben Centrumsblatt in der Nummer vom 16. Juli heißt, nachdem der geistliche Rath Müller in Schlesien zum Parteitag gewesen: „Eine „Spaltung der Katholiken", so läßt er sich schreiben, wird namentlich von sogenannten Conservativen (!) in Wort und Schrift so freundlich besprochen, als ob dabei einer ihrer Herzenswünsche sich erfülle. Das giebt uns hinlänglich genug Weisung, dem Mißtrauen Rechnung zu tragen, ... das wir nicht eher praktisch machen wollten, bis wir genau wußten, ob wir wieder nur Opfer einsetzten und Werte statt Thaten für das wahre Freiwerden der Kirche ernten sollten." Man wird zugestehen müssen, daß diese Schwenkung für die kurze Zeit vom 2. bis zum 16. Juli eine ganz passable ist.

Mit anerkennenswerther Offenheit gesteht jetzt die Reichsregierung selber zu, daß es der Unfallversicherungsvorlage der letzten Reichstagssession am Rückgrat, an der unumgänglichen statistischen Durcharbeitung, gefehlt hat und daß gar nichts Besseres geschehen konnte als geschehen ist, nämlich die Ablehnung des Entwurfs. Jetzt soll das Versäumte nachgeholt und eine Unfallstatistik ad hoc geschafft werden, um über die Berechnung der Prämien Klarheit zu schaffen. Daß die Bundesregierungen eingeladen worden sind, die erforderlichen Schritte zu thun, ist bereits gemeldet. Bei dieser Gelegenheit fällt aber auch einiges Licht auf den Arbeitsplan der nächsten Reichstagssession. Da die bezüglichen statistischen Ermittelungen erst in der ersten Woche des December einzuliefern sind, und da sie noch in den revidirten Unfallversicherungsentwurf hineingearbeitet werden sollen, so verzichtet folgerecht Fürst Bismarck darauf, den Reichstag schon in der ersten Hälfte seiner Session, die im November beginnen dürfte, mit der wichtigen Vorlage zu befassen. Dieselbe wird vielmehr erst eingebracht werden, nachdem in der Zwischenzeit der preußische Landtag seine dringendsten Arbeiten erledigt hat und der Concentrirung des Reichstages auf die Socialgesetzgebung kein äußeres Hinderniß, etwa aus dem Zusammentagen der beiden Körperschaften entstehend, entgegentritt.

Die Nachricht, daß verschiedene Armeecorps-Commandanten wegen zunehmenden Alters ihren Abschied erbeten hätten, wird uns jetzt von unterrichteter Seite als in dieser Form nicht ganz zutreffend bezeichnet. Dagegen wird es für sehr wohl möglich gehalten, daß die Corps-Commandeure Graf Stolberg, v. Tümpling, v. Barnekow und vielleicht auch von Pape sich im Laufe, wenn auch nicht der nächsten Zeit, doch des nächsten Jahres zu einem derartigen Schritt entschließen werden. Von den signalisirten Aenderungen in der höheren Admiralität, wo angeblich Herr v. Stosch seinen Platz dem Contre-Admiral Batsch einräumen, für sich selber aber die Stelle eines General-Inspecteurs der Marine neu creiren wollte, ist es wieder still geworden, nachdem sich herausgestellt, daß hier nur ein Fühler von einer dem Marine-Minister nicht gerade freundlich gesinnten Seite ausgestreckt war.

Charakteristisch für die Deutsch-Conservativen Mecklenburgs ist, daß sie als den geeignetsten Agitator für ihre Zwecke Herrn Perrot gehalten und ihn sich verschrieben haben, den Verfasser der berüchtigten Kera-Artikel der „Kreuzzeitung", welche Fürst Bismarck in der Reichstagssitzung vom 9. Februar 1876 nicht stark genug brandmarken konnte. Der Abg. Witte (Rostock) hob diese Thatsache in einer Versammlung zu Grevesmühlen am Sonnabend gebührend hervor. Ein Kammerherr v. Pleſſen ließ sich darauf zu beleidigenden Angriffen auf Herrn Dr. Witte hinreißen, welche dieser in ruhiger und würdiger Weise zurückwies. Es wirkte dieser Vorgang in entgegengesetztem Sinne, als der conservative Unterbrecher beabsichtigt hatte: die Versammlung sprach mit überwältigender Mehrheit Herrn Dr. Witte ihren Dank und ihr Vertrauen aus und erklärte ihn aufs Neue zum Reichstagscandidaten.

Ueber die Absichten der österreichischen Unterrichtsverwaltung betreffs der Verhältnisse an der Prager Universität wird officiös gemeldet: „Die letzten bedauerlichen Ereignisse an der Prager Universität, welche auf ein ferneres friedliches und gedeihliches Zusammenwirken sowohl der Professoren als auch der Studenten beider Nationalitäten jetzt weniger als je zuvor rechnen lassen, haben den Gedanken angeregt, in welcher Weise diesen Verhältnissen für das nächste Semester Rechnung getragen werden solle, da bekanntlich das Gesetz über die Errichtung der czechischen Universität in der letzten Session nicht zu Stande kam und kaum vor October zu Stande kommen dürfte. Man will daher schon jetzt, provisorisch wenigstens, für eine räumliche Trennung der deutschen und czechischen Elemente an der Alma mater Carolina vorsorgen. Es werden deshalb schon jetzt so viele Professoren an der juridischen und philosophischen Facultät mit czechischer Vortragssprache ernannt werden, daß wenigstens in den Hauptfächern je ein Collegium für Deutsche und Czechen bereits zu Beginn des kommenden Studienjahres 1881/82 zu Stande kommen kann. Es sind also in nächster Zeit noch fernere Ernennungen von Professoren mit czechischer Vortragssprache zu gewärtigen." Aus dem Officiös-Czechischen ins Deutsche übersetzt, bedeutet dies die vollständige zweisprachige Gestaltung der Prager Universität. Ist dies durchgeführt, dann haben die Czechen nicht das mindeste Interesse an der Zweitheilung der Universität, und sie werden sich hüten, dies zu fordern, denn dann sind sie die Herren der Carols-Ferdinandea.

Von Neuem kommen unheimliche Nachrichten aus Rußland. Man sperrt angebliche Nihilisten ein, aus denen kein Geständniß herauszubringen ist, dafür aber findet man täglich die Leichen von Detectives an Bäumen hängend oder in der Newa treibend. Auch soll Graf Ignatieff seit Kurzem in den Besitz einiger Drohbriefe gekommen sein, welche ihm ein baldiges Ende in Aussicht stellen. Alle Rührigkeit und Geschäftigkeit Ignatieff's ist außer Stande, das Vertrauen zu erwecken, daß er es mit dem Volke gut meine, und der Zar selbst soll ganz erstaunt sein über die Unfähigkeit, welche Ignatieff in der Führung der inneren Angelegenheiten bekundet. Es wäre demnach nicht unmöglich, daß wieder bei Loris-Melikoff Zuflucht gesucht wird.

SLUB
Wir führen Wissen.